LINKSUM

Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark

www.dielinke-uckermark.de

Veränderung wählen heißt LINKS wählen

Am 24. September wird der Bundestag gewählt. Die etablierten Volksparteien setzen auf: „Weiter so“. Die LINKE setzt auf Veränderung. Auf den ersten Blick könnte man sicherlich meinen, Deutschland geht es gut. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht. Die Wirtschaft brummt. Deutschland steht als Führungsnation in Europa da.

Doch auf den zweiten Blick finden sich viele Gründe, auf Veränderung zu setzen. Trotz allgemeinen Wirtschaftswachstums klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf, wird die soziale Ungleichheit nicht ab- sondern weiter ausgebaut. Es fehlt Geld für die dringend erforderliche Sanierung von Kitas und Schulen, vielen Kommunen fehlt es am Geld für die Sanierung ihrer Infrastruktur. Es gibt in Deutschland Kinderarmut, eine Schande für so ein reiches Land. Deutschland setzt europaweit auf einen rigiden Sparkurs anstatt auf die Entwicklung gleicher sozialer Standards.

Deshalb meinen wir, es gibt viele Gründe, nicht auf „Weiter so“ zu setzen, sondern die Veränderung mit den LINKEN zu wählen.
Wir machen Schluss mit Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen!

Wir ersetzen das unsoziale Hartz-IV-System durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen. Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Niemand darf weniger als 1050 Euro monatlich zum Leben haben. Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote kostenfrei zur Verfügung stehen.

Die Renten müssen den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Wir führen eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro ein. Und die Renten in Ost und West müssen endlich aneinander angeglichen werden.

Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen. Statt langer Wartezeiten und Anfahrtswege machen wir eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Das ist bezahlbar, wenn alle beitragen: In unsere solidarische Gesundheitsversicherung zahlen alle ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, und wir senken die Beiträge auf unter 12 Prozent.

Wir sorgen für eine echte Steuergerechtigkeit und senken die Steuern für Menschen mit durchschnittlichen und niedrigen Einkommen. Wir erhöhen den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro. Alle, die weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdienen, werden mit unserem Steuerplan entlastet.

Wir sorgen dafür, dass Wohnen bezahlbar ist. Wir stoppen die Mietpreisexplosion in den Städten und bauen mehr Wohnungen mit Sozialbindung. Wir verbieten die Spekulation mit Wohnraum.

Wir wollen die Europäische Union neu starten: Statt Vorfahrt für die Unternehmen und Banken wollen wir, dass die Menschen an erster Stelle stehen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Erwerbslosigkeit in Europa und für soziale und ökologische Wirtschaft.

Wir stehen für den Frieden ein. Die LINKE hat immer gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Waffenexporte heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.
Viele Gründe, LINKS zu wählen.

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN:

Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit und bessere Erreichbarkeit der Polizei. Den Kürzungen im öffentlichen Dienst sind auch 18 000 Stellen bei der Polizei zum Opfer gefallen. Wir wollen Personalmangel beseitigen. Eine umfassende Aufgabenkritik muss die Polizei von sinnlosen Arbeiten befreien. In öffentlichen Räumen wollen wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Personal schützen. Die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen.

„Gute Sozialpolitik hilft gegen Kriminalität“

Nähe zu den politisch Linken und von Beruf Polizist: Für Francesco Pillinini ist das kein Widerspruch, im Gegenteil: „Als Polizist kann ich in einem sozial orientierten Politik-Umfeld besser meiner Aufgabe gerecht werden, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen und damit auch ihre Freiheit zu garantieren“, sagt er. Francesco ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft linker Polizisten bei der Berliner und Brandenburger Polizei. Es waren die Erkenntnisse, die er beim Polizeistudium gewann, die seine linke Einstellung herausbildeten. „Ich habe mich mit Kriminologie befasst und nach den Ursachen, Auswirkungen und Bekämpfungsmöglichkeiten von Kriminalität geforscht. Und ich habe festgestellt, dass die Kriminalität in einem gesellschaftlichen Umfeld der sozialen Chancengleichheit, wo die Menschen eine Perspektive für eine gute berufliche und auskömmliche Zukunft haben, immer gering ist. Und so bin ich in dieser Konsequenz bei einer linken Wertvorstellung gelandet“, sagt er. Der 27jährige, aus einem italienischstämmigen Einwanderermilieu stammende Berliner, ist seit zwei Jahren als Polizist auf Berlins Straßen unterwegs. Mit der Polizistenhasserei der extremen Linken kann er wenig anfangen: „Ich gehe davon aus, dass die Polizei dafür da ist, die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Der Souverän ist das Volk und dieser beauftragt die Polizei, für Sicherheit zu sorgen“, sagt er. Ihm ist bewusst, das die LINKE sich beim Thema innere Sicherheit manchmal schwertut, Position zu beziehen. „Doch das ist wichtig, denn Sicherheit hat auch etwas mit Freiheit zu tun“, ist er überzeugt. „Ich halte nichts von einem negativen Sicherheitsbegriff, wie er oft diskutiert wird: Sicherheit kontra Freiheit. Für mich ist Sicherheit ein Garant für Freiheit. Wenn die Leute sich abends nicht mehr auf die Straße trauen würden, weil sie Angst vor Überfällen haben, würde ihnen Freiheit verloren gehen, nämlich die Freiheit, sich unbeschwert und ungestört in ihren sozialen Räumen bewegen zu können. Sicherheit ist für mich ein Garant für Freiheit“, sagt er. „Damit meine ich nicht ein Übermaß von Überwachung und die Verschärfung von Gesetzen. Sicherheit zu garantieren heißt nicht automatisch, einen Überwachungsstaat zu fordern“, erklärt Francesco. Zusätzliche Videoüberwachungen, immer mehr Zugriffsmöglichkeiten der Polizei lehnt er ab. „Das ist nicht zuletzt Populismus. Schärfere Gesetze kann man schnell verabschieden. Das kostet nichts. Und die Leute sind trotzdem beeindruckt, wie schnell die Politiker reagieren. Was nützt das aber, wenn die Polizei gar nicht in der Lage ist, die schärferen Gesetze umzusetzen“, argumentiert er. „Ich bin der Meinung, die Polizei muss besser ausgerüstet und personell verstärkt werden, um besser arbeiten zu können und Sicherheit der Menschen zu erhöhen. Das aber kostet wiederum etwas.“

Francesco Pillinini engagiert sich der Arbeitsgemeinschaft linker Polizisten für eine bessere Sicherheitspolitik.

Francesco ist sich bewusst, dass er in einem Umfeld arbeitet, in dem die meisten seiner Kollegen stramme CDU-Wähler sind, weil sie den Christdemokraten mehr Kompetenz in Sachen Sicherheit zutrauen. „Ich habe aber als junger Polizist in Berlin selbst erlebt, wie sich unter einem CDU-Innensenator für die wirklich beklagenswerte Situation der Polizei aber auch gar nichts zum Besseren gewendet hat. Jetzt, unter einem rot-rot-grünen Senat sind endlich wichtige Schritte ergriffen worden, die die Arbeitsbedingungen von uns Polizisten mittel- und langfristig verbessern“, sagt er. Auch das ist für ihn ein Beleg dafür, dass linke Politik auch beim Thema Innere Sicherheit Kompetenz entwickelt. Und die LINKE sei gut beraten, sich auch diesem Thema offensiv zu stellen“, gibt er zu bedenken.

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN:

Wir stehen für den Frieden ein. Die LINKE hat immer fest gegen Krieg und Aufrüstung gestanden. Wir wollen die deutschen Soldaten aus dem Ausland abziehen. Die Regierung plant, die Ausgaben fürs Militär zu verdoppeln. Wir wollen abrüsten statt aufrüsten. Das Geld wollen wir konkret einsetzen, um Schulen zu sanieren, Kitas auszubauen und kostenfrei zu machen. Waffenexporte – besonders in Krisengebiete – heizen die Kriege an und zwingen viele Menschen in die Flucht. Wir wollen Waffenexporte verbieten.

Die Erschütterungen des Krieges

Wenn Walter Wiemer über den Krieg spricht, wird seine Stimme fest und entschlossen. „Die Frage von Krieg und Frieden“, sagt er, „ist die zentrale Frage des Lebens.“ Er ist alt genug, um aus eigener Erinnerung darüber sprechen zu können. Als Kind hat er, der in Ostpreußen an der litauischen Grenze aufgewachsen ist, beobachtet, wie deutsche Truppen bereits viele Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion an der Grenze zusammengezogen wurden, Feldflugplätze wurden eingerichtet. Am Abend des 21. Juni 1941 ging sein Bruder zu allen Nachbarn und sagte ihnen, sie sollten die Fenster nicht schließen, sondern angelehnt lassen. Unser Vater, der Bürgermeister, hatte es ihm aufgetragen. „Punkt 3.10 Uhr am nächsten Morgen begannen die Langrohrgeschütze, die in der Nähe stationiert waren, zu schießen. Der Überfall hatte begonnen“, erinnert er sich. Er erinnert sich an die Euphorie der ersten Wochen, in sechs Wochen wäre Russland bezwungen, sagten die Leute. Er erinnert sich, wie Weihnachten und Winter wurde und die Leute begannen, ihre Pelzmäntel abzugeben für die frierenden Truppen, die Frauen begannen, Handschuhe, Mützen, Pulswärmer und Kopfschützer zu stricken. Er erinnert sich an die Soldaten, die mit Erfrierungen von der Front zurückkamen.

Er erinnert sich an die Nachbarsfrau, die zu seiner Mutter bei einer Weihnachtsfeier 1942 sagte: Ich würde alle vier Söhne, die ich habe, hingeben, nur dass die Russen nicht hierherkommen. Seine Mutter war entsetzt, wie sie so etwas sagen konnte. „Und sie gab alle vier Söhne her, der älteste ist in Marseille von der Resistance getötet und in die Kanalisation geworfen worden. Der zweite wurde von tschechischen Widerständlern umgebracht, der dritte fiel bei Witebsk, der vierte im Januar 1945. Sie gab ihre vier Söhne und die Russen kamen doch“, sagt Walter Wiemer.

Er erinnert sich, wie sein Cousin auf einem Fronturlaub zu dessen Mutter sagte: Mutter, wir können den Krieg nicht gewinnen. Wie die Russen kämpfen und was für Waffen die haben. Wir können nicht gewinnen. Sie kämpfen für ihre Heimat. Und wir? Und wenn wir gewinnen würden, wäre das furchtbar.“ Die Mutter entgegnete: „Sag das nicht Deinem Vater. „Der Sohn antwortete: „Darum sage ich es ja auch Dir.“ Sein Cousin, wie auch sein Bruder sollten den Krieg nicht überleben. „Es waren die Frauen, die die ersten Erschütterungen des Zweifels aufgenommen haben, nicht die Männer“, erinnert sich Walter Wiemer.

Er erinnert sich an die monatelange Flucht, die im Herbst begann und erst Ende 1945 enden sollte. Er erinnert sich an den Weg über das Eis im Frischen Haff im Januar 1945, an die vielen Pferdewagen, die im Eis eingebrochen waren, er erinnert sich an die vielen Toten.

Er erinnert sich daran, dass sein Vater von den Russen in einem der vielen Fluchtorte, in denen sie waren, in die Feldmark geschickt wurde, um die Gefallenen, die dort noch lagen, zu bestatten. „Er hat auch viele gefunden, die Selbstmord gemacht hatten, die Abschiedsbriefe steckten noch in ihren Jacken.“ Als er am Ende der Flucht bei Feldberg Verwandte wiedertraf, hob er seine Tasche hoch, die er die ganze Zeit der Flucht über bei sich trug und rief: „Guckt mal, das ist das einzige, was von dem, was wir hatten übriggeblieben ist.“ Walter Wiemer weiß, was Krieg und Flucht bedeuten. „Das sind Erschütterungen gewesen, die vergesse ich bis heute nicht“, sagt er. Und sie haben seine Haltung zum Thema Krieg und Frieden geprägt. Bis heute: „Die konsequente Ablehnung von Krieg und militärischer Gewalt. Das war und ist die zentrale Frage meines Lebens.“

Walter Wiemer hatte Krieg und Flucht als kleiner Junge er- und überlebt. Später arbeitete er viele Jahrzehnte als Lehrer. Walter Wiemer wohnt in Brüssow.

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man in der Politik etwas ändern kann“

Im Porträt: Andreas Büttner, Kandidat für den Bundestag

Es war ein Ampelerlebnis, das Andreas Büttner politisierte. Keine Ampel im politischen Sinn, wie sie bei Koalitionsverhandlungen oftmals als Versinnbildlichung für mögliche Regierungskonstellationen von den Medien genutzt werden. Es war eine wirkliche, eine echte Ampel, vielmehr eine fehlende echte Ampel, die sein erstes Politikerlebnis auslöste. „Ich war Schüler, vielleicht 13 Jahre alt und ärgerte mich unendlich darüber, dass ich auf meinem Schulweg eine Straße überqueren musste, die sehr befahren war und an der es keine Ampel gab. Ich sprach mit meinem Onkel darüber, der war Stadtrat der CDU in Kassel, wo ich aufgewachsen bin. Und der sagte mir: Junge, kümmere Dich darum, mache eine Eingabe, fordere die Ampel, werde aktiv“, berichtet er. Andreas Büttner machte eine Eingabe, forderte eine Ampel und wurde aktiv. Und die Ampel wurde aufgestellt. Siehe da. Wer Politik macht, kann etwas verändern. Eine frühe Erfahrung im Leben des Schülers Andreas Büttner.

Dieser wurde 1973 in ein stockkonservatives Milieu in Kassel hineingeboren. Bundesdeutsche Mittelschicht. Hier ging er zur Schule, hier machte er sein Fachabitur, ehe er seine Polizeiausbildung in Berlin absolvierte und dort auch Polizist wurde. „In meiner Famlie haben alle CDU gewählt. Das war Gesetz. Meine Großmutter hatte mal zu mir gesagt: ‚Ich habe damals bei der ersten Wahl den Adenauer gewählt und dabei bleibe ich jetzt auch‘.“ Dabei blieben sie und die anderen Mitglieder der Familie aber letztendlich doch nicht, wie sich herausstellen sollte. Doch das ist eine andere Geschichte. Und dazu später.

Der junge Andreas wollte auch Politik machen, am liebsten bei den jungen Liberalen, doch die gab es damals in Kassel nicht. So trat er der Jungen Union bei, „wobei ich sagen muss, dass die Junge Union in Nordhessen ziemlich links aufgestellt war, während die CDU im übrigen Land eher einen rechtskonservativen Kurs verfolgte“, erinnert er sich. Die Jusos kamen für ihn nicht in Betracht. Die SPD dominierte damals die politische Landschaft in seiner Heimatstadt. Und in diesem Mainstream wollte er nicht mitschwimmen.

Andreas Büttner ging nach Berlin, wurde Polizist, heiratete und sein politisches Engagement erlahmte. „Ich war zwar in der Jungen Union, aber nicht mehr aktiv. Es waren andere Felder, die ich zu beackern hatte. Aber der Wunsch, etwas zu ändern und es ja auch zu können, der war immer da“, sagt er.

Und ganz drängend wurde er in der Uckermark, wo er 1997 in Grunewald ein Haus gekauft hatte. Zuvor hatte er mit seiner Frau in einer Einraumwohnung in Spandau gelebt, nicht weit von seiner Dienststelle entfernt. „Dann haben wir ein Haus gesucht und sind in Grunewald fündig geworden“, sagt er. Der Zufall wollte, dass er in die Heimatregion seiner Vorfahren zurückkam. Es sollte ein Haus mit vielen Zimmern sein, das die Büttners haben wollten. Und so eines war in Grunewald zu haben. Damals, in Spandau, waren noch keine Kinder da. „Aber meine Frau hatte zu mir gesagt, als wir zusammenkamen: Ich will sechs Kinder von dir haben. Ich dachte na ja, mal sehen. Und als das erste da war, noch gar nicht von der Nabelschnur abgeschnitten, hatte sie mir gesagt: Nun sind es nur noch fünf. Da merkte ich, sie meint es ernst und ich wurde blass.“ Vier Kinder sind es geworden, mehr sollen es nun auch nicht mehr sein. Der jüngste Sohn ist geistig behindert, der damit verbundene emotionale und Betreuungsaufwand hat die Familienplanung geändert.

Was Andreas Büttner in der Uckermark aufregte und was seinen Wunsch, sich wieder politisch zu betätigen, wieder zur Tat werden ließ, war die uckermärkische Kreispolitik. Als im Jahr 2008 der erste Uckermark-Landrat Joachim Benthin in den Ruhestand ging und sein im Rückblick recht glückloser Nachfolger Clemens Schmitz das Ruder übernahm und den damaligen stellvertretenden Landrat Helaman Krause recht würdelos in die Wüste schickte, sagte er sich: „So geht das nicht. Da musst du was machen.“

Und dann ging alles recht schnell. Andreas Büttner trat in die FDP ein, die Partei hatte Personalnot, 2007 wurde er Kreisvorsitzender in der Uckermark, 2008 mit über 90 Prozent ins Präsidium der Landespartei gewählt, es folgten eine erfolgreiche Landtagskandidatur und letztlich der Fraktionsvorsitz der FDP-Fraktion im brandenburgischen Landtag. „Warum eigentlich die FDP? Ich war und bin der Meinung, dass der Mensch sich frei entfalten können muss. Und das Freiheitsverständnis der FDP, wie ich es damals kannte und zu begreifen meinte, hatte mich überzeugt“, blickt er zurück. Doch in der alltäglichen Politik erlebte er bald, dass die Kongruenz seines Politikverständnisses zu dem seiner Partei schnell Risse bekam. „Ich war beispielsweise für die Einführung des Mindestlohns, weil er mir als sozial sinnvoll erschien. Meine Partei nicht. Sie konnte aber auch keine Argumente liefern, die mich überzeugt hätten. Ich hatte in der Bildungspolitik und in der Sozialpolitik eher Standpunkte, die der Linken näher waren als meiner Partei. Und als einen der größten Fehler in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender der FDP verstehe ich mein Unterschrift unter das Papier der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Transformationszeit“, sagt er.

Die Enquete-Kommission hatte es sich zu Aufgabe gemacht, zu untersuchen, ob im gesellschaftlichen Umwandlungsprozess nach der Wende wirklich die Wirkungsmächtigkeit der alten DDR-Elite zerstört wurde oder ob nicht alte Seilschaften dazu geführt hätten, dass der Wandel hin zu einer demokratischen Gesellschaft Schaden erlitten habe. „Das war ein purer Nonsens. Es ging darum, die inquisitorische Keule zu schwingen“, regt sich Andreas Büttner heute noch auf. „Es ging darum, Leute mit DDR-Vergangenheit zu beschädigen und mundtot zu machen. Und es gipfelte in der Feststellung meiner Partei: Die FDP hat den Wandel zur Demokratie geschafft. Immerhin seien zwei führende Landespolitiker aus dem Westen. Einer davon war ich. Ich hätte kotzen können. Wenn ein Kriterium für politische Wandlungsfähigkeit darin bestehen soll, dass jemand aus dem Westen kommt, kann ich nur sagen: Das ist Neokolonialismus pur. Nach dem Motto: Wir haben die neuen Bundesländer endlich erobert. Nur mit mir ist so etwas nicht zu machen.“

Der endgültige Bruch mit der FDP erfolgte im Bundestagswahlkampf. 2014. „Ich war Fraktionsvorsitzender im Land und habe durch ein Interview, das der damalige Generalsekretär Christian Lindner der Cottbuser Lausitzer Runschau gab, erfahren, dass er Geld aus dem Brandenburger Wahlkampf rausziehen wird, weil Brandenburg sei nicht entscheidend, Hamburg sei entscheidend. Ich habe ihm gesagt, dass ich mich nicht von ihm verarschen lasse. Er hat mir gesagt, dass er sich verbietet, dass ein FDP-Landtagsfraktionsvorsitzender so mit ihm redet. Ich habe ihm gesagt, ich hätte mir noch nie von jemandem verbieten lasse, wie ich zu reden habe, also auch garantiert nicht von ihm. Und das war es dann“, berichtet Büttner.

Sein Engagement für soziale Belange war in der LINKEN-Fraktion im Landtag nicht unbemerkt geblieben. „Ein Mitglied der LINKEN hatte mir mal gesagt, sie müssten ja aufpassen, dass ich sie nicht links überhole“, erinnert er sich. „Wir haben im Landtag die wohl linkeste Politik gemacht, die es in der FDP je gab.“ Und er stellte fest, dass die LINKEN sich an Absprachen, die er mit ihnen traf, zuverlässig hielten. „Es war eine verlässliche Zusammenarbeit“, bewertet er rückblickend.

Und irgendwann entschied er sich, dass es nicht stimmen kann, Mitglied in einer Partei zu sein, in der es nicht einmal mehr 30 Prozent Übereinstimmung zwischen seinen politischen Überzeugungen und der Programmatik der Partei gab. „Irgendwann sagte ein Linkspolitiker zu mir: Du bist doch in der FDP falsch. Du musst doch bei uns sein.“

2015 war es so weit. Andreas Büttner wechselte zur LINKEN. Da das in einer Zeit war, in der die FDP im freien Fall aus dem Bundestag und auch aus dem Landesparlament geflogen war, war dieser Wechsel natürlich nicht unproblematisch. „Manch einer konnte denken, der Mann wechselt die Partei nur wegen der Karriere. Und von außen konnte dieser Eindruck ja auch entstehen“, räumt Andreas Büttner ein. „Doch es war mitnichten so. Es war ein langer, schmerzhafter Prozess, zu erkennen, dass die Partei, für die ich mich entschieden hatte, nicht mehr meinen politischen Ansichten entsprach. Und der Wechsel war nicht einfach“, sagt Büttner. Zu den Linken hatte er damals gesagt: „Ich komme zu Euch, möchte aber keine herausragende Funktion haben, eben damit dieser Eindruck nicht entsteht.“

Doch Menschen mit Politikerfahrung werden gebraucht. Auch bei der LINKEN. Und als Ralf Kaiser, der für den Wahlkreis Uckermark bei den bevorstehenden Bundestagswahlen kandidieren sollte, erkrankte, kam Andreas Büttner in die engere Auswahl. „Ich habe mich zunächst dagegen gewehrt. mir dann aber gesagt, wenn ich Politik mache, muss ich auch Verantwortung übernehmen und Ja gesagt“, sagt er.

Seine Eltern waren irgendwann in die Nähe zu ihrem Kind nach Templin gezogen. In einen der Plattenbauten. „Sie haben sich dort wohl gefühlt“, sagt Andreas Büttner. Sein Vater, früher strammer CDU-Wähler, war mittlerweile völlig desillusioniert von der bundesdeutschen amtlichen Regierungspolitik. Wie würde er wohl aufnehmen, dass ich jetzt bei den LINKEN bin, dachte sich Andreas Büttner. Als er dem Vater seinen politischen Wechsel „beichtete“, reagierte dieser völlig überraschend. „Er sagte zu mir: ‚Sohn, da hast du zum ersten Mal in deinem Leben die richtige politische Entscheidung getroffen.‘ Das hatte ich nicht vermutet, dass er mittlerweile in seinem politischen Denken auch ganz links angekommen war. Er sagte zu mir: Guck Dich doch um, was hier los ist, wie die Bedürfnisse der Leute im Osten ignoriert werden. Da muss sich doch etwas ändern.“ Und dafür, etwas zu ändern, tritt Andreas Büttner jetzt als Bundestags-Direktkandidat der LINKEN für die Uckermark an.

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN:

Die Renten müssen den Lebensstandard im Alter sichern. Dafür wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben.
Zeiten mit niedrigem Verdienst werden für die Rente stärker angerechnet. Das bedeutet z.B. für eine Verkäuferin monatlich 270 Euro mehr Rente. Und wir führen eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro ein. Die Löhne und Renten sind im Osten immer noch niedriger als im Westen. Wir gleichen sie an.

„Die Renten müssen höher werden“

Astrid und Wilfried Guericke sind schon vor mehreren Jahren in Rente gegangen. Er nahm mit 60 Abschied vom Arbeitsleben, nach einem Herzinfarkt. „Es geht mir heute deutlich besser. Es war die richtige Entscheidung damals, gleich in Rente zu gehen. Was nutzt mir das Geld, wenn die Gesundheit dahin ist“, sagt er.
Sie ging mit 63 in Rente. Wilfried hatte als Dreher im Prenzlauer Armaturenwerk gearbeitet, danach war er bei der IG Frauen beschäftigt. Als Hausmeister, Techniker, Mädchen für alles sozusagen. Handwerklich begabt wusste er mit seinen Händen immer sehr geschickt umzugehen.
Sie arbeitete ihr Leben lang als Erzieherin. Die Rente, die sie jetzt beziehen, ist nicht üppig, reicht aber zum Leben. „Ich bekomme 850 Euro, mein Mann 750 Euro. Da er ja schon mit 60 Jahren in Rente gegangen war, musste er 18 Prozent Abzüge hinnehmen. Das ist viel“, berichtet Astrid Guericke. Beide zusammen haben 1600 Euro Rente, 500 Euro zahlen sie Miete für ihre Wohnung im Prenzlauer Stadtzentrum, Strom kostet 60 Euro, Telefon 35 Euro, 100 Euro gehen für Versicherungen weg. Das Auto, das sie haben, schlägt mit weiteren 100 Euro zu Buche. „Zum Glück ist es abgezahlt“, sagt Astrid Guericke.
Sie wirtschaften sparsam, brauchen nicht viel zum Leben und es gelingt ihnen sogar, monatlich 100 Euro wegzulegen. „Das ist für unsere jährliche Reise nach Amerika, wenn wir unsere Tochter besuchen, die seit vielen Jahren in Kalifornien lebt“, berichtet Astrid Guericke. Im November fliegen sie wieder dorthin. Sie freuen sich jetzt schon auf die bevorstehende Reise, sagen beide.
Ihnen geht es nicht schlecht, sie müssen zwar rechnen und üppige Extras wie Kulturerlebnisse, Konzert- oder Theaterbesuche sind auch nicht drin. Aber sie wissen auch, dass es vielen Rentnern nicht so gut geht. „Und wenn man sich unsere Einzelrenten ansieht, wäre auch das eigentlich zu wenig zum Leben. Mit nur 850 Euro oder 750 monatlich könnte ich mir diese Wohnung hier nicht mehr leisten“, sagt sie. Wenn ein Partner stirbt, muss der andere ausziehen, was dann? „Und was ist, wenn wir pflegebedürftig werden. Die Zustände in manchen Pflegeheimen mit ihrer permanenten Personalnot und Überforderung der Pflegekräfte machen uns Angst, wenn wir an diese Frage denken“, gibt sie zu bedenken.
„Alles in allem sind wir von einer Rentengerechtigkeit in Deutschland noch weit entfernt“, ist sie überzeugt. „Menschen, die Zeit ihres Lebens wenig Geld verdient haben, müssen am Existenzminimum leben. Und das kann nicht sein. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Forderung der LINKEN nach einer solidarischen Mindestrente von 1050 Euro richtig und wichtig ist“, sagt sie. Auch die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, ebenfalls eine zentrale Forderung der LINKEN, sei längst überfällig. Geschehe das nicht, drohe künftig eine massenhafte Altersarmut. „Und das kann doch in einem der reichsten Länder der Welt nicht sein“, findet Astrid Guericke.
Es sei auch nicht hinnehmbar, dass das Rentenniveau im Westen heute immer noch höher ist als in Ostdeutschland. „Dahinter steckt eine Missachtung der Lebensleistung von uns Ostdeutschen, so als hätten wir hier im Osten nicht auch ein Leben lang hart gearbeitet“, fügt sie hinzu. „Und auch das können und wollen wir uns nicht bieten lassen. Unter anderem deshalb engagiere ich mich bei den Linken, sagt sie.

Astrid und Wilfried Guericke können von ihrer gemeinsamen Rente gut leben. Doch auch sie haben Angst vor der Zukunft: Was ist, wenn sie pflegebedürftig werden. Und wenn einer von beiden stirbt, wie wird der andere dann klarkommen?

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN:

Wir machen Schluss mit Leiharbeit und dem Missbrauch von Werkverträgen. Statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeit schaffen wir gute Arbeitsplätze, die unbefristet sind und nach Tarif bezahlt werden. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen endlich den gleichen Lohn wie Männer bekommen.
Die Arbeit in sozialen Berufen muss deutlich besser bezahlt werden. Statt länger zu arbeiten, wollen wir ausreichend Zeit für Ruhe, Familie, Freizeit!

„Prekäre Arbeit muss man nicht dulden“

Prekäre Arbeitsverhältnisse haben für Jana Gedack nicht nur etwas mit schlechter Bezahlung zu tun. „Das ist auch eine Frage der Rahmenbedingungen, der Arbeitszeiten, des Arbeitsklimas. Und natürlich, ja, auch eine der Bezahlung.“ Die gelernte Heilerziehungspflegerin, die in Vorpommern in einer Kita als Erzieherin arbeitet, hat selbst schon einmal unter prekären Bedingungen arbeiten müssen, und zwar in einer Kita in Penkun. „Während der Einarbeitungszeit war noch alles gut. Ich hatte eine Gruppe von 14 Kindern zu betreuen. Doch nach wenigen Monaten änderte sich alles drastisch“, erinnert sie sich. Die Gruppenstärken schwollen auf 26 Kinder an, obwohl der gesetzlich vorgegebene Betreuungschlüssel bei 15 Kindern liegt. Den Erzieherinnen wurden keine Vorbereitungs- und Nachbereitungszeiten zugestanden, die sie als Arbeitszeit hätten abgelten können. Die Kita-Leitung, so berichtet Jana Gedack, versuchte die Mitarbeiterinnen zu drängen, die ihnen zustehenden Urlaubstage nicht zu nehmen. Und Überstunden wurden ohnehin nicht abgegolten. Das fand Jana prekär. Und die Bezahlung: In dieser Einrichtung wurde Mindestlohn gezahlt. Rechtlich ok, aber nicht dem, was eine Erzieherin leistet und laut Tarif verdienen müsste, angemessen. Also auch hier eine prekäre Entlohnung für einen qualifizierten Job. Versuche, mit der Kita-Leitung über die offensichtlichen Probleme und Rechtsverstöße zu reden, liefen ins Leere. „Es kam einfach kein Gespräch zustande“, erinnert sich Jana Gedack. Und auf Elternabenden, die anberaumt worden waren, weil auch den Eltern nicht verborgen geblieben war, dass hier einiges nicht richtig läuft, habe die Kita-Leitung versucht, alles schönzureden.
Jana Gedack zog ihre Konsequenzen und kündigte. Zuvor hatte sie auch mit Vertretern der Gewerkschaft gesprochen, die ihre Auffassung, dass solche Arbeitsverhältnisse eigentlich nicht gehen, bestärkten. „So etwas muss man nicht hinnehmen“, sagt sie.
Heute arbeitet sie bei einem anderen Träger, ebenfalls in Vorpommern, gar nicht weit entfernt von Penkun. Und hier, so sagt sie, stimmen die Arbeitsbedingungen. „In der Kinderkrippe haben wir einen Betreuungsschlüssel von sechs Kindern auf einen Erzieher, bei den Drei- bis Sechsjährigen einen Schlüssel von 1 zu 15, wie es auch gesetzlich vorgesehen ist. Die Arbeit macht Spaß, sie wird wertgeschätzt. Ich gehe gerne dorthin“, sagt sie. Mittlerweile ist sie stellvertretende Kita-Leiterin.
Und als in einem Gespräch mit ihrem Chef einmal das Thema Kinderwunsch berührt wurde, habe dieser ihr gesagt: Sobald Du es weißt, sage es mir, damit wir alle notwendigen Schritte einleiten können, um Dich von der Arbeit freizustellen, erinnert sie sich. „Auch so kann Arbeit funktionieren. Dann macht sie Spaß. Und auch die Leistungen der Mitarbeiter sind dann natürlich besser, weil sie ganz anders motiviert sind“, sagt Jana Gedack. Und übrigens: Die Bezahlung in dieser Kita ist auch besser als bei ihrem vorherigen, „prekären“ Arbeitgeber. Angemessen, wie Jana Gedack findet.
Aus diesen eigenen Erfahrungen heraus hat sie eines gelernt: „Wenn man sich in einem prekären Arbeitsverhältnis wiederfindet, hat man das Recht und die Möglichkeit und eigentlich auch die Pflicht, sich zu wehren. Man muss das nicht hinnehmen und die Ungerechtigkeiten runterschlucken“, sagt sie. Und man kann Unterstützung suchen: Bei den Gewerkschaften, bei den Betriebsräten, wenn es denn welche gibt. Und es gibt in der politischen Landschaft viele gesellschaftliche Kräfte, die sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse stemmen. Zu denen gehören auch die LINKEN.

Jana Gedack hat sich erfolgreiche gegen ein prekäres Arbeitsverhältnis gewehrt.

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN:

Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales Problem und beschämend für unsere reiche Gesellschaft. Kinderarmut ist »Elternarmut«. Wir kämpfen gegen Niedriglohn und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der sämtliche Leistungen für Bildung, Kinderbetreuung und Erziehung sowie öffentliche Güter wie Mobilität, Kultur und Freizeitangebote kostenfrei zur Verfügung stehen.

Die hässliche Fratze der Kinderarmut

Armut hat ein hässliches Gesicht, Kinderarmut hat eine Fratze. Denn wenn auch schon viele Eltern oftmals unverschuldet in finanzielle, wirtschaftliche und soziale Not geraten, können die Kinder erst recht nichts dafür, wenn sie in ein prekäres soziales und wirtschaftliches Umfeld hineingeboren werden. Wenn Silvia Stegemann und Birgit Göde beispielsweise sehen, wie ein Kind im Knien seine Hausarbeiten am Couchtisch im elterlichen Wohnzimmer erledigen muss, weil einfach kein Schreibtisch für sie in der Wohnung da ist, wissen sie, wie Kinderarmut aussieht. „Das geht ja weiter in allen Lebensbereichen“, sagt Birgit Göde. „Geld für die Klassenkasse, um an der Klassenfahrt teilnehmen zu können, Geld für Kultur, fürs Kino, für Spielzeug. All das können sich Familien, die wirklich in Armut leben, für ihre Kinder nicht leisten.“ „Und das geht ja schon bei den Schulbüchern los“, ergänzt Silvia Stegemann. „Für den Kauf von Schülbüchern gibt der Staat den bedürftigen Familien Geld dazu. Für den Kauf von Arbeitsheften gibt es kein Geld“, regt sie sich über die bürokratische Willkür auf, die manche Familien, die vom Staat mit Hartz-IV-Leistungen unterstützt werden, erdulden müssen. Und abgesehen davon, reichen die 70 Euro, die die Familien pro Kind für den Kauf von Schulmaterial erhalten, ohnehin nicht aus.

Silva Stegemann und Birgit Göde wissen, wovon sie reden. Sie betreiben die private Jugendhilfeeinrichtung „SoFa“, (Soziales und Familie), der in der Uckermark 30 sozial schwache Familien betreut, von denen die meisten Kinder im schulpflichtigen Alter haben. „Und die negativen Auswirkungen der Armut für die Kinder weiten sich ja in alle Lebensbereiche aus. Die Ernährung beispielsweise: Viele der armen Familien können sich kein frisches Obst und Gemüse leisten. Gesunde Ernährung, auf die die Kinder dringend angewiesen sind, damit sie sich gut entwickeln können und überhaupt die Leistungsfähigkeit entwickeln, in der Schule mitzukommen, sieht anders aus“, sagt Silvia Stegemann. So hätten die betroffenen Kinder von Beginn an schlechtere Chancen für eine gute Entwicklung, für eine gute Bildung und Ausbildung, die doch der Garant dafür seien, dass sie dem Teufelskreis Armut eines Tages entkommen können. „So entstehen zusätzliche Bildungsschranken für sozial Schwache Familien. Es ist ja kein Geheimnis, dass das deutsche Bildungssystem im Vergleich zu anderen Staaten für Menschen aus sozial schwächeren Kreisen besonders undurchdringlich ist“, kritisiert Birgit Göde.

Die beiden Frauen tun, was sie können, um die Not zu mildern. Sie begleiten die betroffenen Familien, unterstützen mit Rat und Lebenshilfe, helfen beim Beantragen von Hilfen, Ausfüllen von Formularen, haben ein Auge darauf, dass die ärztlichen und zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen regelmäßig wahrgenommen werden. Sie gehören zu den Organisatoren der Schultütenaktion der LINKEN, die jährlich Kindern aus sozial schwachen Familien den Schulstart erleichtert. Und doch finden sie, dass vieles, was sie an Hilfe leisten, eigentlich Aufgabe eines Staates ist, der sich Sozialstaat nennt.

Silvia Stegemann und Birgit Göde unterstützen sozial schwache Familien in der Uckermark.

Impressum

„linksrum“ ist eine Zeitung des Kreisverbandes DIE LINKE Uckermark.

Herausgeber:

DIE LINKE, Kreisverband Uckermark, Diesterwegstraße 1, 17291 Prenzlau
v.i.S.d.P.: Heiko Poppe

Redaktion:
Heiko Poppe,
Anne-Frieda Reinke
mail: info@dielinke-uckermark.de